

Mitteilungspflichtige Informationen für die Verarbeitung personenbezogener Daten in Verbindung mit Schadensersatzansprüchen entsprechend dem Art. 13 DSGVO

Sehr geehrte Damen und Herren,

bei der gegen die Gemeinde Nünchritz geltend gemachten Schadensersatzansprüche werden u. U. personenbezogene Daten verarbeitet. Nachfolgend wollen wir Ihnen Informationen zu der Datenverarbeitung geben:

1. Verantwortlicher:

Gemeinde Nünchritz, Glaubitzer Str. 10, 01612 Nünchritz

Tel.: 035265 5000

e-mail: post@nuenchritz.de

Web: www.nuenchritz.de

Gesetzlicher Vertreter:

Der/Die Bürgermeister/in

Der behördliche Datenschutzbeauftragte ist:

Frank Sommerfeld

Actus-IT

Obere Str. 28a

32108 Bad Salzuflen

Tel.: 05222 921315

e-mail: info@actus-it.de

Web: www.actus-it.de

2. Zwecke und Rechtsgrundlagen der Verarbeitung:

Die Daten werden zur ordnungsgemäßen Abwicklung von Schadensersatzansprüchen verarbeitet. Die Verarbeitung der personenbezogenen Daten erfolgt auf Grundlage des Art. 6 Abs. 1 lit. e DSGVO in Verbindung mit weiteren gesetzlichen Regelungen (Art. 6 Abs. 1 lit. c DSGVO). Dies gilt auch für Gesundheitsdaten, die wir auf Grund von gesetzlichen Regelungen ggf. verarbeiten müssen.

3. Kategorien und Empfänger der erhobenen Daten:

Eine Offenlegung bzw. Datenübermittlung erfolgt, wenn dieses zur rechtmäßigen Aufgabenerfüllung erforderlich ist, insbesondere gegenüber Auftragsverarbeitern und sonstigen Dienstleistern bzw. Behörden (z.B. bei Amtshilfe). Dies sind Unternehmen in den Kategorien Abrechnungsdienstleistungen, IT-Dienstleistungen, Telekommunikation, Versicherung, Aktenvernichtung; der Kommunale Schadensausgleich (KSA) als Haftpflichtversicherer. Weitere mögliche Empfänger sind Geldinstitute, Vollstreckungsorgane, Gerichte, Wirtschaftsprüfer und sonstige Prüfungsorgane sowie Berater und Rechtsanwälte. Darüber hinaus werden Informationen nur weitergegeben, wenn gesetzliche Bestimmungen dies gebieten, der Betroffene eingewilligt hat. Unter

diesen Voraussetzungen können bei Vorliegen einer gesetzlichen oder behördlichen Verpflichtung Empfänger personenbezogener Daten z.B. öffentliche Stellen (Behörden) sein. Art der Daten: Persönliche Daten (z.B. Name, Vorname, Adresse, Telefonnummer, E-Mail-Adresse); Bankdaten (IBAN, Bank, Kontoinhaber) und Zahlungsinformationen (Umsatzdaten im Zahlungsverkehr) sowie Angaben zu konkreten beantragten Maßnahmen und Genehmigungen, Daten zur Begründung des Antrages und Informationen zu Ausgleichsmaßnahmen, weitere Informationen zu Sachverhalten im Zusammenhang mit der Genehmigung, mit Feststellungen zu getroffenen Vereinbarungen bzw. Festlegungen sowie weitere Inhaltsdaten (z.B. Kommunikation); Daten über das Zahlungsverhalten (notwendigerweise bei Inkasso).

Folgende personenbezogene Datenkategorien können verarbeitet werden:

z.B. Name, Vorname, Adresse, Telefonnummer, E-Mail-Adresse; Bankdaten (IBAN, Bank, Kontoinhaber) und Zahlungsinformationen (Umsatzdaten im Zahlungsverkehr) sowie Angaben zu konkreten beantragten Maßnahmen und Durchführung einer Ortsbesichtigung, Stellung der beteiligten Personen (Antragsteller, Eigentümer), weitere Informationen zu Sachverhalten im Zusammenhang mit der Genehmigung, mit Feststellungen zu getroffenen Vereinbarungen bzw. Festlegungen sowie weitere Inhaltsdaten (z.B. Kommunikation); Daten über das Zahlungsverhalten (notwendigerweise bei Inkasso).

4. Zusätzliche Informationspflichten:

Speicherdauer der personenbezogenen Daten:

Personenbezogene Daten werden gelöscht, wenn ein mit einer betroffenen Person bestehendes öffentliches Rechtsverhältnis bzw. Vertragsverhältnis beendet ist, sämtliche gegenseitigen Ansprüche erfüllt sind und keine anderweitigen gesetzlichen Aufbewahrungspflichten oder gesetzlichen Rechtfertigungsgründe für die Speicherung bestehen.

Rechte der betroffenen Person:

Sie haben ein Recht auf **Auskunft** (gem. Art. 15 DSGVO) seitens des Verantwortlichen über die Sie betreffenden personenbezogenen Daten sowie auf **Berichtigung** (Art. 16 DSGVO), **Löschung** (Art. 17 DSGVO), und auf **Einschränkung der Verarbeitung** (Art. 17 Abs. 1 DSGVO). Des Weiteren haben Sie ein **Widerspruchsrecht gegen die Verarbeitung** (Art. 21 DSGVO) sowie das **Recht auf Datenübertragbarkeit** (Art. 20 DSGVO).

Sie haben ein Recht Ihre Einwilligung jederzeit mit Wirkung für die Zukunft zu widerrufen.

Möchten Sie von Ihren Rechten Gebrauch machen, wenden Sie sich bitte an den oben genannten Verantwortlichen.

Sie haben ein **Recht auf Beschwerde**, bei der zuständigen Aufsichtsbehörde.

Die Aufsichtsbehörde ist:

Der Sächsische Datenschutzbeauftragte
Devrientstraße 5, 01067 Dresden

5. Pflicht zur Bereitstellung von Daten:

Im Rahmen bestehender Rechtsbeziehung müssen von der betroffenen Person diejenigen personenbezogenen Daten bereitgestellt bzw. erhoben werden, die für die Aufnahme und Durchführung der behördlichen Aufgaben und der Erfüllung der damit verbundenen Pflichten bzw. Durchsetzung von Ansprüchen erforderlich sind.

* Mit DSGVO ist die Datenschutz-Grundverordnung gemeint (Abl. EU v. 4.05.2016, L 119/1), einsehbar unter <http://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/?uri=CELEX%3A32016R0679>